

Marlies Salazar **Die Parlaments-**
wahlen vom
5. Dezember 2001 und
die Regierungsneu-
bildung in Sri Lanka

Am 5. Dezember 2001 fanden in Sri Lanka vorgezogene Neuwahlen zum Parlament statt. Nach den gewalttätigsten Wahlen seit der Unabhängigkeit dieses Landes hat Sri Lanka eine neue Regierung. Aufgrund des überwältigenden Siegs der Opposition sah Präsidentin Chandrika Kumaratunga sich genötigt, Oppositionsführer Ranil Wickremesinghe zu bitten, Premierminister zu werden und eine neue Regierung zu bilden. Nach sieben Jahren Misswirtschaft durch die People's Alliance (PA) hat die neue Regierung unter Führung der United National Party (UNP) ein schweres Erbe übernommen. Schwerwiegende politische und wirtschaftliche Probleme müssen gelöst werden. Ausserdem müssen endlich ernsthaft Verhandlungen mit der LTTE geführt werden, um das größte Problem des Landes – den schon über 18 Jahre anhaltenden ethnischen Konflikt, der über 60 000 Opfer gefordert hat, – zu lösen.

■ **Überraschende Neuwahl des Parlaments in Sri Lanka**

Obwohl das 11. Parlament von Sri Lanka erst am 10. Oktober 2000 gewählt wurde, also vor einem knappen Jahr, hat Präsidentin Kumaratunga am 11. Oktober 2001 überraschend das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für den 5. Dezember 2001 anberaumt. Ihre Regierung hatte die Mehrheit verloren, und nachdem am 10. Oktober viele prominente Mitglieder ihrer Partei von der Regierungsbank zur Oppositionsbank überwechselten, wurde ihr klar, dass sie einem Misstrauensantrag diesmal nicht entgehen konnte. Um ihr Gesicht nicht zu verlieren, löste sie das Parlament kurz nach Mitternacht am 11. Oktober 2001 auf und setzte Neuwahlen für den 5. Dezember 2001 an.

Die letzten Parlamentswahlen hatten wie gesagt erst ein Jahr zuvor stattgefunden. Damals hatte die People's Alliance (PA), die 107 Sitze gewann (45,10 Prozent der Stimmen), den Sieg davongetragen. Zweitstärkste Partei wurde die United National Party (UNP) mit 89 Sitzen (40,21 Prozent der Stimmen), gefolgt von der marxistischen „Janatha Vimukhti Peramuna“ (JVP) mit zehn Sitzen (sechs Prozent der Stimmen) und einer Anzahl von kleineren Parteien, die insgesamt 19 Sitze erhielten. Präsidentin Kumaratunga hatte somit keine eindeutige Mehrheit im Parlament erhalten und musste sich auf eine labile Koalition von kleinen Parteien stützen.

Um alle Parteien und Gruppierungen zufrieden zu stellen, bildete sie eine Regierung von 44 Ministern und 35 stellvertretenden Ministern, was zu teilweise

absurden Zuständigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten führte und die Handlungsfähigkeit der Regierung lähmte. Sie selbst behielt sich das Ministerium der Verteidigung und das Ministerium der Finanzen vor, war diesen Aufgaben aber nicht gewachsen. Als dann nach den Unruhen zwischen Singhalesen und Muslimen in Mawanella Anfang Mai die Sri Lanka Muslim League (SLMC) die Regierung verliess und sich der Opposition anschloss, verlor die Regierung ihre Mehrheit im Parlament.

Die Opposition hatte daraufhin ein Misstrauensvotum gegen die Regierung vorbereitet, dem die Präsidentin nur durch die Schliessung (*prorogation*) des Parlaments von Juli bis September 2001 entgangen war. Richtig auflösen konnte sie das Parlament erst ein Jahr nach den Wahlen, also im Oktober 2001.

Präsidentin Kumaratunga hatte zwischenzeitlich eine behelfsmäßige Lösung gefunden. In ihrem verzweifelten Bemühen, an der Macht zu bleiben, ging sie einen Pakt mit der linksextremen marxistischen Partei JVP (Volksbefreiungsfront) ein, obwohl Anhänger dieser Partei vor einigen Jahren ihren Ehemann ermordet hatten.

Die JVP wollte nicht der Regierung beitreten, sondern gab dieser eine Bewährungsfrist von einem Jahr. Innerhalb dieser Frist sollte sie eine gewisse Anzahl von Reformen durchführen unter der strengen Aufsicht ihres „Bewährungshelfers“. Die Präsidentin bemühte sich zwar, diesen Bedingungen nachzukommen, und reduzierte ihr Kabinett von 44 auf 20 Minister. Auch wurde der 17. Zusatzartikel zur Verfassung dem Parlament vorgelegt, der einige wichtige Veränderungen zur Verbesserung der Regierungsfähigkeit vorsieht. Die Parteien begannen, ihre Kandidaten für den Verfassungsrat zu nominieren. Leider konnten die übrigen geplanten Reformen wie die Schaffung einer unabhängigen Wahlkommission, einer Polizeikommission, einer Justizkommission und einer Kommission für den öffentlichen Dienst nicht mehr durchgeführt werden, weil das Parlament nur vom 6. September bis zum 10. Oktober tagen durfte und dann aufgelöst wurde.

Der Pakt mit der JVP hatte der Regierung zwar ursprünglich eine Mehrheit von sieben Stimmen im Parlament verschafft, aber ihre Zehn-Parteien Koalition löste sich in atemberaubender Geschwindigkeit auf,

■ **Als nach den Unruhen zwischen Singhalesen und Muslimen in Mawanella Anfang Mai die Sri Lanka Muslim League (SLMC) die Regierung verliess und sich der Opposition anschloss, verlor die Regierung ihre Mehrheit im Parlament.**

und zum Schluss befand sie sich in einer Minderheitsposition. Am 9. Oktober wechselte der erste Abgeordnete von der Regierungsbank zur Oppositionsseite über, am 10. Oktober folgten ihm acht weitere Abgeordnete.

Viele der Überläufer sagten, sie könnten nicht mit der JVP zusammenarbeiten, einerseits wegen deren revolutionären Vergangenheit und andererseits wegen deren Bedingungen für die Duldung der Regierung. So verlangte die JVP, dass es für ein Jahr keine Friedensverhandlungen mit der LTTE geben sollte und dass alle Wirtschaftsreformen rückgängig zu machen seien.

Nach demokratischem Brauch hätte die Präsidentin die Debatte über den Misstrauensantrag zulassen müssen, und im Falle einer Niederlage ihrer Regierung hätte sie der Opposition gestatten müssen, eine neue Regierung zu bilden. Aber die Präsidentin, die bis zum Jahre 2006 gewählt ist, war nicht bereit, mit der Opposition zusammenzuarbeiten.

■ **Nach demokratischem Brauch hätte die Präsidentin die Debatte über den Misstrauensantrag zulassen müssen, und im Falle einer Niederlage ihrer Regierung hätte sie der Opposition gestatten müssen, eine neue Regierung zu bilden. Aber die Präsidentin, die bis zum Jahre 2006 gewählt ist, war nicht bereit, mit der Opposition zusammenzuarbeiten.**

■ **Wahlssystem und Rolle der Wahlkommission**

Gewählt wird nach einem modifizierten Verhältniswahlssystem. Dabei können neben der Stimme für eine Partei vom Wähler drei Präferenzstimmen für einzelne Kandidaten dieser Partei abgegeben werden. Die Kandidaten sind auf dem Wahlzettel nur durch Nummern gekennzeichnet und es gibt mehrere Kandidaten verschiedener Parteien mit derselben Nummer. Nur in Verbindung mit der Stimme für die Partei lässt sich ermitteln, welcher Kandidat sich hinter welcher Nummer verbirgt. Dieses Wahlverfahren ermöglicht den Wählern zwar die Einwirkung auf die personelle Zusammensetzung der Fraktionen, es ist jedoch für die Wähler verwirrend und nicht wenige Stimmen sind ungültig, weil der Wahlzettel falsch ausgefüllt wurde.

Von den 225 Parlamentsabgeordneten werden 196 in den Wahlbezirken gewählt. Um diese 196 Sitze haben sich dieses Jahr 4610 Kandidaten aus 15 Parteien und sieben unabhängigen Gruppen beworben. Weitere 29 Sitze werden auf der Basis der Stimmen, die die Parteien auf nationaler Ebene bekommen haben, verteilt. Auf diesen Nationallisten befinden sich einige hundert Bewerber.

Viele Parteien haben Wahlbündnisse geschlossen. So haben sich z.B. alle Tamilenparteien, die sonst ständig zerstritten waren, zusammengeschlossen, bis auf die EPDP (Eelam People's Democratic Party) von Douglas Devananda, die zur PA (People's Alliance) von Präsidentin Kumaratunga gehört. Zur PA gehören ausser der SLFP (Sri Lankan Freedom Party) der Präsidentin noch einige kleinere linke Parteien. Die größte Oppositionspartei, die UNP (United National Party), hat sich mit den Dissidenten, die die Regierung verlassen haben, und dem Sri Lanka Muslim Congress (SLMC) zu einem Wahlbündnis, der UNF (United National Front), zusammengeschlossen.

Das Wahlsystem krankt etwas daran, dass in jedem Wahlbezirk mehrere Kandidaten der gleichen Partei sich um die gleichen Plätze bewerben und dass nur die mit den meisten Stimmen ein Mandat erhalten. Das führt zu einem Konkurrenzkampf innerhalb der gleichen Partei. So gab es im Bezirk Colombo 24 Kandidaten der UNP, aber nur die ersten 12 mit den meisten Stimmen konnten ins Parlament einziehen. Andererseits gibt dieses System auch Kandidaten kleinerer Parteien eine Chance. Früher, als es noch das *First pass the post*-System gab, konnte nur ein Kandidat pro Wahlkreis gewinnen. Das führte zu überwältigenden Erfolgen der grossen Parteien und ergab klare Mehrheiten im Parlament. Andererseits hatten kleinere Parteien keine Chancen. Jetzt hat man häufig ein sogenanntes *hung*-Parlament, in dem keine Partei eine absolute Mehrheit hat und von den kleineren Parteien abhängig ist. Auch waren früher die Wahlkreise kleiner und die gewählten Kandidaten fühlten sich gegenüber ihrer Wählerschaft verantwortlich.

Der Vorsitzende der Wahlkommission, Dayananda Dissanayake, hatte einen schweren Stand. Er hatte gleich zu Beginn davor gewarnt, dass er keine freien und fairen Wahlen garantieren könne. Er wollte alle neuen Befugnisse, die er durch den 17. Zusatzartikel zur Verfassung erhalten hat, in Anspruch nehmen. Das war aber sehr schwer gegenüber der geballten Macht der Regierung, die voll hinter der PA stand. Obwohl er sich redlich bemühte, ist es ihm z.B. nicht gelungen, den Polizeikommissar daran zu hindern, Polizeibeamte *en masse* auch noch nach dem Beginn des Wahlkampfes zu versetzen, natürlich nach politischen Gesichtspunkten. Auch war er nicht imstande, die

■ **Das Wahlsystem krankt etwas daran, dass in jedem Wahlbezirk mehrere Kandidaten der gleichen Partei sich um die gleichen Plätze bewerben und dass nur die mit den meisten Stimmen ein Mandat erhalten. Das führt zu einem Konkurrenzkampf innerhalb der gleichen Partei.**

staatlichen Medien dazu zu bringen, objektiv zu berichten. Sie beteiligten sich ganz ungeniert an der Regierungspropaganda und zogen die Opposition durch den Schmutz.

Auch die Justiz erwies sich nicht als unabhängig. Das Verfassungsgericht verschob die Anhörung der Klagen der Opposition auf das nächste Jahr – also lange nach den Wahlen. Das Militär verhielt sich auch nicht gerade überparteilich, sondern verteilte in Jaffna Wahlkampfzettel der Regierungspartei.

Der Vorsitzende der Wahlkommission konnte es auch nicht verhindern, dass Beamte und Regierungsangestellte während des Wahlkampfes plötzlich befördert und dann im Wahlkampf eingesetzt wurden. Den PA-Politikern wurden nicht nur Personal, sondern auch Autos und Waffen für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt.

Die unabhängige „Kommission zur Überwachung von Missbrauch des Staatseigentums während der Wahlen“ hatte ausdrücklich davor gewarnt, dass Minister und andere Politiker, die Staatseigentum für Wahlzwecke benutzten, nach den Wahlen vor Gericht gebracht würden. Da die Regierungspartei nicht gewonnen hat, wird das wohl auch geschehen.

■ **Wahlkampf im Wildweststil**

■ **Mit 46 Todesopfern und 2332 offiziell gemeldeten gewalttätigen Zwischenfällen hat der diesjährige Wahlkampf alle Rekorde geschlagen.**

Mit 46 Todesopfern und 2332 offiziell gemeldeten gewalttätigen Zwischenfällen hat der diesjährige Wahlkampf alle Rekorde geschlagen. Zu den Gewalttaten zählten Brandstiftung, Mord, versuchter Mord und Körperverletzung, Einschüchterungsversuche aller Art, das Vollstopfen der Wahlurnen mit gefälschten Wahlzetteln, sowie das Verbrennen oder die Entführung von Wahlurnen. Noch am Wahltag wurden zehn junge Anhänger des Sri Lanka Muslim Congress in Kandy ermordet. Danach brachen Unruhen aus.

Tätliche Übergriffe schienen an der Tagesordnung zu sein. Die meisten Beschwerden kamen von der Opposition. So soll z.B. der ehemalige Minister Reggie Ranatunga einen jungen Anhänger der UNP in Gampaha tätlich angegriffen haben und von seinen Leuten so zusammengeschlagen haben lassen, dass der Misshandelte an den Folgen starb. Der UNP-Kandidat in Batticaloa, Thambirajah Jayakumar, wurde auf offener Straße ermordet. Das Haus des UNP-Kandidaten Premadasa in Hambantota wurde mit au-

tomatischen Waffen beschossen. Die Sicherheitsleute von Minister Mangala Samaraweera beschossen einen Lastwagen mit jungen Leuten, die Plakate für die UNP geklebt hatten, selbst aber unbewaffnet waren. Bei dem darauffolgenden Unfall wurden einige schwer verletzt.

Die Liste der Gewalttätigkeiten könnte beliebig fortgeführt werden. Aber was kann man schon in einem Land erwarten, dessen Präsidentin öffentlich auf einer Wahlkundgebung erklärt, dass ihre Anhänger ihre politischen Gegner ermorden dürften. Wir werden jetzt eine Politik des Auge um Auge, des Zahn um Zahn praktizieren, erklärte sie. Aber auch die Anhänger der Opposition verhielten sich nicht immer vorbildlich und schlugen zurück.

Dementsprechend enttäuscht zeigte sich auch der Leiter der Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union, John Cushnahan, der schon die Parlamentswahlen im letzten Jahr beobachtet hatte. Er hatte damals eine Reihe von Empfehlungen gegeben, die aber nicht befolgt wurden. Jetzt plädierte er für einen Verhaltenskodex, den alle Parteien befolgen sollten. Die Wahlbeobachter der Europäischen Union sollten vor allem in den Bezirken eingesetzt werden, die als besonders unsicher galten.

Ein richtiges Wahlkampfprogramm hatte die Regierung nicht. Sie setzte mehr auf die vermeintliche Popularität der Präsidentin und führte eine Hasskampagne gegen die Opposition. Wichtigste Wahlkampfziele der Opposition waren Wirtschaftsreformen und Verhandlungen, um den ethnischen Konflikt zu beenden. Aber Friedensbemühungen wurden auch immer wieder als Waffe im Wahlkampf benutzt. So unterstellte die Regierung der UNP ein Geheimabkommen mit der LTTE, um die Singhalesen, die eine Teilung des Landes befürchten, auf ihre Seite zu bringen. Dabei hatte sie selbst Verhandlungen angestrebt. Peinlich war nur, dass ein Mitglied ihres Wahlbündnisses, nämlich die EPDP, sich für ein unabhängiges *Eelam* (tamilischer Separatstaat) ausgesprochen hatte.

Es war erstaunlich, dass die Wähler trotzdem in großer Anzahl in den Wahllokalen erschienen und stundenlanges Schlangestehen in Kauf nahmen, wobei sie dann oft noch von bewaffneten Gangstern am Wählen gehindert wurden.

■ Ein richtiges Wahlkampfprogramm hatte die Regierung nicht. Sie setzte mehr auf die vermeintliche Popularität der Präsidentin und führte eine Hasskampagne gegen die Opposition.

■ **Die EU-Wahlbeobachtungskommission sagte: „Die Entscheidung der Armee, Checkpoints in Vavuniya und Batticaloa zu schließen, hat Tausende von Menschen daran gehindert, ihr Wahlrecht auszuüben. Es scheint, als ob es keine Rechtfertigung für diese Aktion gibt, und ernste Fragen zu der dahinterstehenden politischen Motivation müssen gestellt werden.“**

Die Armee schloss viele Checkpoints im Norden und Osten des Landes und hinderte so über fünfzigtausend Tamilen aus den sogenannten *uncleared areas* daran, zu den Wahllokalen zu kommen. Die EU-Wahlbeobachtungskommission sagte dazu: „Die Entscheidung der Armee, Checkpoints in Vavuniya und Batticaloa zu schließen, hat Tausende von Menschen daran gehindert, ihr Wahlrecht auszuüben. Es scheint, als ob es keine Rechtfertigung für diese Aktion gibt, und ernste Fragen zu der dahinterstehenden politischen Motivation müssen gestellt werden.“ Die politische Motivation war offensichtlich die Verzweiflung der Regierung, die ihre Niederlage auf sich zukommen sah und unbedingt an der Macht bleiben wollte, „by hook or by crook“ (mit allen Mitteln), wie die Präsidentin in einer ihrer Wahlkampfreden gesagt hatte.

Die EU-Delegation merkte weiterhin an, dass „die PA und mit ihr verbündete Parteien, wie die EPDP (Eelam People’s Democratic Party), öffentliche und staatliche Mittel zu einem hohen Umfang und sehr ungeniert benutzt haben. Dies bezieht sich auf die Nutzung von Regierungsfahrzeugen, Regierungsgebäuden, Regierungsangestellten und staatliche Geldmittel zur Führung ihres Wahlkampfes. Besonders einige Minister haben die Ressourcen ihrer Ministerien ausgenutzt, um ihre Kandidatur zu fördern.“

Das alles hat nicht geholfen, denn die Wähler haben der Regierung am 5. Dezember 2001 einen Denktzettel erteilt und ihrer Enttäuschung über sie sichtbar Ausdruck verliehen. Die Auszählung der Wahlergebnisse nahm zwei Tage in Anspruch. Um weitere Ausschreitungen zu verhindern, wurden wiederholt Ausgangssperren verhängt. Nach Rücksprache mit den Parteien beschloss der Vorsitzende der Wahlkommission, die Ergebnisse in einigen Wahlbezirken zu annullieren und keine Nachwahlen durchzuführen.

■ **Wahlergebnisse**

29 politische Parteien und 99 unabhängige Gruppierungen mit insgesamt 5048 Kandidaten haben am Wahlkampf teilgenommen. Nur sieben Parteien bzw. Wahlbündnisse können Einzug ins Parlament halten. Die Wahlergebnisse im Vergleich mit denen des Vorjahres sind die folgenden:

	2001	2000
UNF	109	89
PA	77	107
JVP	16	10
TNA	15	5
SLMC	5	4
EPDP	2	4
PLOTE	1	

Die von der UNP angeführte United National Front (UNF) gewann 109 Mandate (20 mehr als bei den letzten Wahlen), die People's Alliance 77 (30 weniger als im letzten Jahr), die marxistische Volksbefreiungsfront (JVP) 16 (ein Zugewinn von sechs Mandaten), die Tamil National Alliance 15, die Eelam People's Democratic Party (EPDP) zwei und die People's Liberation Organisation of Tamil Eelam (PLOTE) ein Mandat. Die nationalistische Sihala Urumaya verlor ihren einzigen Sitz im Parlament. Von den 22 Wahlbezirken gewann die UNP 17 Mandate, die Tamil United Liberation Front (TULF) drei, der Sri Lanka Muslim Congress und die PA je ein Mandat.

Der Vorsitzende der UNP, Ranil Wickremesinghe, gewann die höchste Anzahl an Präferenzstimmen: 415 686.

Angesichts dieser Resultate konnte die Präsidentin nicht umhin, Oppositionsführer Ranil Wickremesinghe den Posten des Premierministers anzubieten, obwohl sie vorher immer gesagt hatte, dass sie nicht mit ihm zusammenarbeiten wolle. Er wurde am 9. Dezember 2001 vereidigt. Erst danach machte er sich an die schwierige Aufgabe der Bildung eines Ministerkabinetts.

Ranil Wickremesinghe hat sehr versöhnliche Töne angeschlagen und sich bereit erklärt, eine „Nationale Regierung“ unter Beteiligung der PA zu bilden. Dies wäre angesichts der Schwere der zu lösenden Probleme sehr zu begrüßen. Die UNP macht sich Sorgen, weil sie nur eine Mehrheit von 114 Abgeordneten hat – nicht genug, um ihre ehrgeizigen wirtschaftlichen und politischen Pläne durchzusetzen. Die kleinen tamilischen und muslimischen Parteien, mit denen sie zusammenarbeiten muss, sind für ihre Unzuverlässigkeit bekannt und den hohen politischen Preis, den sie für die Kooperation verlangen.

■ Angesichts der Resultate konnte die Präsidentin nicht umhin, Oppositionsführer Ranil Wickremesinghe den Posten des Premierministers anzubieten, obwohl sie vorher immer gesagt hatte, dass sie nicht mit ihm zusammenarbeiten wolle. Er wurde am 9. Dezember 2001 vereidigt.

■ Konstitutionelle und politische Probleme

Die große Frage ist aber, wie es nach den Wahlen weitergehen soll, denn die Präsidentin ist ja noch für weitere vier Jahre gewählt. Und sie schien vor den Wahlen nicht gewillt zu sein, mit der Opposition zusammenzuarbeiten, auch wenn diese die Mehrheit im Parlament haben sollte. Als *Executive President* verfügt sie natürlich über eine große Machtfülle, aber sie ist nicht das einzige Machtzentrum. Nach der Verfassung ist die Hoheitsgewalt sowohl in der direkt vom Volke gewählten Präsidentin als auch in dem ebenfalls vom Volk gewählten Parlament begründet.

Die rechtliche Lage ist ähnlich wie in Frankreich, wo ein konservativer Präsident durchaus mit einer sozialistischen Regierung koexistieren kann, oder auch umgekehrt. Dieses System der *cohabitation* funktioniert in Frankreich, weil die Franzosen das Wohl ihrer Nation über das ihrer Partei oder ihre persönliche Macht setzen. So hat seinerzeit Präsident Mitterrand sich ganz aus den Parlamentswahlen herausgehalten und den Wahlkampf der sozialistischen Partei überlassen. Auf diese Art hat er die Würde des Präsidentenamtes erhalten.

Obwohl Sri Lanka auch eine „gaullistische“ Verfassung hat, ist doch die Frage offen, wie das hier funktionieren wird. Vorläufig gibt sich die Präsidentin aber versöhnlich. Sie hat ihre Portefeuilles für Verteidigung und Finanzen abgegeben und dem Premierminister freie Hand bei der Bildung seines Kabinetts gelassen. Zur Zeit begnügt die Präsidentin sich mit einer rein repräsentativen Rolle, legt allerdings Wert darauf, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen.

Man kann aber eine zukünftige Konfrontation zwischen der Präsidentin und der Regierung nicht ausschließen. Nach der Verfassung muss sie alle wichtigen Ernennungen in der Exekutive und der Justiz vornehmen und alle Gesetze unterschreiben, damit sie rechtskräftig werden. Theoretisch kann sie ihre Zustimmung verweigern und so eine Krise heraufbeschwören. Ob es zu einer solchen Situation kommen wird, hängt sehr von der politischen Lage ab, aber auch von Premierminister Ranil Wickremesinghe. Wenn die neue Regierung ein Programm durchführt, das

■ Man kann eine zukünftige Konfrontation zwischen der Präsidentin und der Regierung nicht ausschließen. Nach der Verfassung muss sie alle wichtigen Ernennungen in der Exekutive und der Justiz vornehmen und alle Gesetze unterschreiben, damit sie rechtskräftig werden. Theoretisch kann sie ihre Zustimmung verweigern und so eine Krise heraufbeschwören.

wirklich vom Volke gewünscht wird, kann sich die Präsidentin schlecht dagegenstellen.

Es hängt aber auch von der Rolle der Opposition im Parlament ab. Die Bildung einer „nationalen Regierung“ mit einigen Ministern aus der PA würde die Stellung der Opposition schwächen und damit auch die Stellung der Präsidentin. Sollte die Opposition sich aber nicht der Regierung anschließen, sondern ihre Oppositionsrolle im Parlament wahrnehmen, dann muss der Premierminister sehr aufpassen.

Außerdem ist die Rolle der Sicherheitskräfte entscheidend. Wickremesinghe hat seinen eigenen Verteidigungsminister ernennen können und damit der Präsidentin die Möglichkeit genommen, seine Regierung mit Hilfe des Militärs zu destabilisieren. In diesem Zusammenhang sind die Antrittsbesuche der Kommandeure der Armee, der Luftwaffe und der Marine, sowie des Polizeipräsidenten nicht als blosse Höflichkeitsbesuche zu bewerten. Sie bedeuten die tatsächliche Übergabe der Macht an den Premierminister und das Parlament. Sie stehen in der guten sri-lankischen Tradition, die noch aus der britischen Zeit kommt, dass das Militär unter der Kontrolle der vom Volke gewählten Exekutive steht.

■ Die neue Regierung Sri Lankas

Ranil Wickremesinghe hat sein Kabinett zusammengestellt und die neuen Minister wurden von der Präsidentin am Mittwoch, dem 12. Dezember 2001, vereidigt.

Die Regierung besteht aus drei verschiedenen Ebenen. Ganz oben befindet sich das Ministerkabinett mit 25 Ministern, gefolgt von 28 Ministern, die keinen Kabinettsrang haben, und ausserdem noch neun stellvertretenden Ministern.

■ Ministerkabinett

1. Ranil Wickremesinghe, MP – Premierminister, Minister für Politikentwicklung und Politikausführung
2. Karu Jayasuriya, MP – Minister für Strom und Energie
3. Gamini Atukorale, MP – Minister für Transport, Autobahnen und Luftfahrt
4. Kairshak Nariman Choksy, MP – Finanzminister
5. Tilak Janaka Marapane, MP – Verteidigungsminister

6. S.B Dissananayake, MP – Landwirtschafts- und Viehzuchtminister
7. (Prof.) G.L. Peiris, MP – (a) Minister für Unternehmensentwicklung, Industriepolitik und Investmentförderung (b) Minister für Verfassungsfragen
8. Tyronne Fernando, MP – Aussenminister
9. Abdul Rauf Hakeem, MP – (a) Minister für Hafenentwicklung und Schifffahrt (b) Minister für Entwicklung des Ostens und muslimische Religionsfragen
10. Sammya Moorthi Arumugan Ramanthan Thondaman, MP – Minister für Wohnungswesen und Plantageninfrastruktur
11. Mahinda Wijesekere, MP – Minister für Fischerei und Meeresressourcen
12. Frau Amara Piyaseeli Rathnayake, MP – Ministerin für Frauenfragen
13. W.J.M Lokubandera. MP – (a) Minister für Justiz, Rechtsreform und nationale Integration (b) Minister für buddhistische Religionsfragen
14. Gamini Jayawickreme Perera, MP – Minister für Bewässerung und Wassermanagement
15. Rukman Senanayke, MP – Minister für Umwelt und Naturschätze
16. Alick Aluvihare, MP – Minister für innere Angelegenheiten, Provinzparlamente und Kommunalverwaltung
17. Petikirige Dayaratne, MP – Minister für Gesundheit, Ernährung und Wohlfahrt
18. John Anthony Emmanuwel Amaratunga, MP – Innenminister
19. Lakshman Bandara Kiriella, MP – Minister für Plantagenindustrie
20. Gamini Kaluwansa Lokuge, MP – Minister für Tourismus
21. Kadukannage Ananda Kularathne, MP – Minister für die Entwicklung der südlichen Region
22. Mohomad Hanifa Mohamad, MP – Minister für die Entwicklung der westlichen Region
23. Attanayake Mudiya Selage Kudabanda Tissa Attanayake, MP – Minister für die Entwicklung der Zentralregion
24. Bandula Gunawardana, MP – Minister für ländliche Wirtschaft
25. Abdul Raheem Mohideen Abdul Cader, MP – Minister für Kooperativen

Es würde zu weit führen, auch noch die 28 Minister ohne Kabinettsrang aufzuführen. Sie entsprechen mehr unseren Staatssekretären, obwohl sich unter ihnen so wichtige Minister wie der Erziehungs- oder der Arbeitsminister, der Minister für Wirtschaftsreformen usw. befinden, ganz abgesehen von den neun stellvertretenden Ministern. Im Ganzen sind es 62 Minister. Die vorhergehende Regierung hatte 79 Minister (44 mit Kabinettsrang und 35 ohne Kabinettsrang), also ist diese Regierung schon etwas kleiner, obwohl 62 Minister doch immer noch eine stattliche Anzahl sind. Man hat den Eindruck, dass das Kabinett in aller Eile zusammengestellt wurde, um kein Regierungsvakuum entstehen zu lassen. Es soll in naher Zukunft auch noch umgebildet werden.

Im Kabinett befinden sich die älteren, sehr erfahrenen Politiker, unter den Ministern ohne Kabinettsrang befinden sich einige sehr fähige Politiker der mittleren Generation, wie Karunasena Kodituwakku. Ravi Karunanayake und Milinda Moragoda und die stellvertretenden Minister sind vielversprechende Vertreter der jüngeren Generation.

Nun sollen diese Minister ohne Kabinettsrang sog. *task minister* sein, die sich nur einer Aufgabe ganz konzentriert widmen sollen. Auch bekommen sie keine Extrabezüge, sondern müssen von ihren Abgeordnetendiäten leben. Diese Regelung soll für die nächsten zwei Jahre gelten, bis die größten Probleme überwunden sind, denn das Land befindet sich immer noch in einer tiefen Wirtschaftskrise.

■ Überfällige Wirtschaftsreformen

Der wichtigste Grund für die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung Kumaratunga war die anhaltende Wirtschaftskrise. Die Inflationsrate liegt bei 15 Prozent und statt des erwarteten zweiprozentigen Wirtschaftswachstums in diesem Jahr waren es nur 1,3 Prozent im 1. Quartal, 0,4 Prozent im 2. Quartal; und -3,7 Prozent (!) im 3. Quartal.

Die PA-Regierung hat einen Schuldenberg hinterlassen. Man hatte gehofft, durch die Privatisierung von Staatsbetrieben etwas Geld in die Staatskasse zu bringen, aber die JVP war strikt gegen die Fortsetzung einer Privatisierung von Staatsbetrieben und gegen neue Verträge mit internationalen Geberorganisationen. Da die PA-Regierung die vom Internationalen

■ Der wichtigste Grund für die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung Kumaratunga war die anhaltende Wirtschaftskrise.

Währungsfonds verlangten Reformen nicht durchgeführt hatte, hat der IWF die im August fällige zweite Tranche bis jetzt nicht ausgezahlt.

Alle Wirtschaftssektoren haben Einbußen erlitten. Die landwirtschaftliche Produktion ist um 1,2 Prozent gefallen, die Industrieproduktion um 0,8 Prozent, sogar der Dienstleistungssektor ist nur um 0,6 Prozent gewachsen. Diese Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ist nicht erst nach dem Angriff auf den Flughafen von Colombo eingetreten, sondern kann schon seit einiger Zeit beobachtet werden. Die Zentralbank macht zwei Ursachen dafür verantwortlich: erstens das Wetter, das nicht genug Regen für die Landwirtschaft und die Stromproduktion geliefert hat, und zweitens die Weltwirtschaft, die nicht genug Produkte aus Sri Lanka kauft.

Aber so einfach ist es leider nicht. Die Ursachen liegen eher bei den schwindenden Währungsreserven, dem hohen Haushaltsdefizit und der Inflationsrate von 15 Prozent, sowie den mangelnden Strukturreformen im Banken- und Arbeitsmarktsektor und der schlechten Infrastruktur. Auch die anhaltende Energiekrise mit Stromunterbrechungen von bis zu acht Stunden täglich hat der Wirtschaft sehr geschadet. Korruption und Misswirtschaft haben die Wirtschaftspolitik geprägt.

■ **Von einer neuen Regierung unter Führung der früheren Oppositionspartei erhofft sich die Wirtschaft politische Stabilität und eine vorausschauende Wirtschaftspolitik. Es war bezeichnend, dass nach den Wahlen die Kurse an der Börse von Colombo in die Höhe schnellten.**

Von einer neuen Regierung unter Führung der früheren Oppositionspartei erhofft sich die Wirtschaft politische Stabilität und eine vorausschauende Wirtschaftspolitik. Es war bezeichnend, dass nach den Wahlen die Kurse an der Börse von Colombo in die Höhe schnellten. Aber man darf auch keine Wunder erwarten, denn eine wirtschaftliche Situation, die sich in vielen Jahren so negativ entwickelt hat, kann man nicht in hundert Tagen grundlegend verändern. Genau das aber erwarten die Wähler von der neuen Regierung.

Der Minister für wirtschaftliche Reformen, Milinda Moragoda, hat ein radikales Wirtschaftsreformprogramm angekündigt, um Wirtschaftswachstum und Investitionen zu fördern. Die neue Regierung will Staatsunternehmen, die mit Verlust arbeiten, entweder umstrukturieren oder privatisieren, das Steuersystem vereinfachen, den Finanzsektor reformieren und das Arbeitsrecht flexibler gestalten. Minister Moragoda meinte, dass man 2002 als ein Jahr der Konsoli-

dierung und Umstrukturierung betrachten solle und dass es 18 Monate dauern werde, bevor die Resultate der Umstrukturierung sichtbar würden. Das sei natürlich eine bittere Pille, aber sie müsse nun mal geschluckt werden, sonst werde man Ende 2002 ein Haushaltsdefizit von 12 bis 14 Prozent und eine Inflationsrate von 25 Prozent haben.

■ Friedensverhandlungen

Die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung ist aber, wieder Friedensverhandlungen mit der LTTE aufzunehmen. Dies wird ein langwieriger, schwieriger Prozess werden und großes diplomatisches Geschick erfordern.

Um sich der Unterstützung seiner Nachbarn zu versichern, fuhr Premierminister Wickremasinghe vom 23. bis 25. Dezember 2001 nach Indien und sprach mit allen wichtigen indischen Politikern. Sein Besuch hatte zwei Ziele: einerseits, sich der Unterstützung Indiens bei den Bemühungen um Friedensverhandlungen zu vergewissern, andererseits, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Das bestehende Indo-Lankan Trade Agreement soll besser genutzt werden und Indien hat Sri Lanka Wirtschaftshilfe versprochen, sobald die Friedensverhandlungen beginnen. Die wichtige Rolle Indiens im Friedensprozess wird auch von Norwegen anerkannt.

Norwegen wird – wie schon in der Vergangenheit – wieder eine wichtige Rolle als *facilitator* bei den Friedensverhandlungen zu spielen haben. Sowohl Premierminister Ranil Wickremasinghe als auch der Anführer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, haben an den norwegischen Premierminister Kjell Magne Bondevik geschrieben und um die Hilfe Norwegens gebeten. Die Norweger haben auch positiv reagiert und eine Delegation zusammengestellt unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Ivar Helgensen, zu der auch der frühere *facilitator* Eric Solheim als Berater gehört. Es ist dies der fünfte Versuch der Norweger, die Friedensverhandlungen in Sri Lanka zu erleichtern.

Die Norweger wollen ein *Memorandum of Understanding* entwerfen, das von beiden Parteien unterzeichnet werden soll und Bestimmungen für einen dauerhaften Waffenstillstand sowie ein Rahmenab-

■ Die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung ist, wieder Friedensverhandlungen mit der LTTE aufzunehmen. Dies wird ein langwieriger, schwieriger Prozess werden und großes diplomatisches Geschick erfordern.

kommen für vorläufige Verhandlungen enthalten soll. Nachdem Norwegen die Vorverhandlungen erfolgreich in die Wege geleitet hat, wird es sich zurückziehen und es den Verhandlungspartnern überlassen, die Tagesordnung und den Zeitplan für die weiteren Verhandlungen festzulegen.

Auf srilankischer Regierungsseite wurde ein Ausschuss aus zwei führenden Politikern, Minister G. L. Peiris und Minister Milinda Moragoda, gebildet, der für die Information über den Friedensprozess zuständig ist. Außerdem wurde ein Friedenssekretariat unter Leitung eines erfahrenen Diplomaten eingerichtet.

Die vorherige Regierung hatte sich geweigert, das *Memorandum of Understanding* zu unterzeichnen, hatte immer wieder Änderungen vorgeschlagen und auch nicht auf die einseitige Waffenstillstandserklärung der LTTE reagiert. Das gescheiterte MOU hatte die Aufhebung des Wirtschaftsembargos durch die Regierung vorgesehen, sowie ein Moratorium der Gewalttaten im Süden durch die LTTE und die Einsetzung eines internationalen Überwachungs Ausschusses.

Dieses Mal sieht die Situation viel besser aus, denn die neue Regierung hat einen Waffenstillstand von einem Monat in Antwort auf die einseitige Waffenstillstandserklärung der LTTE erklärt. Die LTTE hat sich ihrerseits bereit erklärt, den Waffenstillstand zu verlängern, wenn die Regierung die wirtschaftlichen Beschränkungen aufhebt. Die Regierung hat ihre Absicht erklärt, das Embargo zum 14. Januar aufzuheben.

In Colombo sind die Straßensperren entfernt worden, so dass der psychologische Belagerungszustand wegfällt, was vom Publikum sehr positiv aufgenommen wurde. Nach 18 Jahren Bürgerkrieg gibt es endlich Hoffnung auf Frieden.